

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauspost:
Gebr. Krensch, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Fringselohn monatlich 1,80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,70 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 5,00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Verlagszeitung von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Tagesblätter mit 45 Pf. berechnet, bei dreiwöchiger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskarten. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 12.

Dresden, Dienstag den 15. Januar 1918.

29. Jahrg.

Kein Kurswechsel. — Große Schwierigkeiten in Brest-Litowsk.

Beruhigungsversuche.

Über den Verlauf der Verhandlungen zwischen Kaiser, Reichsleitung und Geeresleitung werden aus Berlin Mitteilungen verbreitet, die Beruhigung schaffen sollen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt redaktionell unter der Überschrift „Tatsachen und Gerüchte“ folgende Notiz:

Der Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling hat in den letzten Tagen mehrfach im Reichstag dem Kaiser Vortrag gehalten und ähnliche Besprechungen gehabt. Eine vertrauliche Aussprache hat zwischen dem Reichskanzler und den zur Zeit hier anwesenden Reichsleitern stattgefunden. Die Mitteilungen über einen heute eintreffenden Kommando sind unrichtig. Es liegen keine sachlichen Unterlagen vor, die eine Entscheidung des Kaisers betreffen. Auch sonst gehen mancherlei unrichtige Nachrichten durch einzelne Blätter. So wird gemeldet, daß der Staatssekretär v. Kühlmann und der Vorkanzler Graf Bernstorff in Berlin eintrüben seien. Beide Kapazitäten sind jedoch.

Aus dieser Mitteilung des offiziellen Blattes geht nur hervor, daß ein Konflikt zwischen Reichsleitung und Geeresleitung nicht bestehen soll und daß von dem Abtritt, sei es der einen, sei es der anderen Seite, wenigstens zur jetzigen Stunde, nicht die Rede ist. Offenbar ist man mit gewissem Erfolg bemüht gewesen, die Gegensätze der Auffassungen, die sich mit den Namen Lubendorff und Kühlmann kennzeichnen lassen, auszugleichen. Wir erfahren aber gar nichts, wie dieser Ausgleich tatsächlich beschaffen ist. Wenn es im Falle angeht, heißt der Ausgleich schaffe für die Verhandlungen im Osten klare Grundlinien und nach dem Westen freie Bahn, die wiederum ihre Grenzen in den Staatsnotwendigkeiten des deutschen Volkes findet, so wird auch mit diesem allgem. einen Ausdruck keinerlei Klarheit geschaffen.

Die fortwährende Unklarheit über das, was nun eigentlich die Reichsleitung will, zeigt sich auch in den seitdem wiederholten Äußerungen, die die Blätter der verschiedenen Richtungen auf Grund der ihnen zugekommenen Mitteilungen über die Lage der Dinge zum Ausdruck bringen. Der Vorwärts stellt fest, daß der bisherige Regierungskurs gesichert bleibt. Er wendet sich an den Reichskanzler und sagt: Wenn der Kanzler will, kann ihm die Reichsleitung helfen, zu einem guten Frieden mit Rußland zu kommen. Das geht aber nur dann, wenn beide, Kanzler und Wehrheit, dem Ziele eines ehrlichen demokratischen Friedens mit Entschlossenheit zusteuern und sich von denen, die das Friedenswort gerümpelt haben, die Kreise nicht lassen lassen. Auch das Berliner Tageblatt spricht die Ansicht aus, daß die Berliner Konferenzen keine Kursänderung gebracht haben und besonders nicht die von den Russen und Kühlmann-Sürgern erstrebte Forderung. Bei der entgegengesetzten Seite glaubt aber auch die extreme Deutsche Zeitung von einer „erfreulichen Klärung“ sprechen zu dürfen.

Wiederholt ist es ferner, daß auch die Wiederaufnahme der politischen Erörterung im Hauptauschuß des Reichstages, die für Mittwoch angesetzt war, wiederum hinausgeschoben wird. Der Reichskanzler wünscht die angelegten Erklärungen, in der er zu den letzten Reden von Lord George Wilson, schon Stellung nehmen will, erst nach einigen Tagen dem Auschuß zu halten. Ausweisend will er nämlich nach dem Fortgang der Verhandlungen in Brest-Litowsk abwarten.

So bleibt das deutsche Volk andauernd im unklaren, welches denn nun das tatsächliche Ergebnis der letzten Besprechungen in den letzten Kreisen ist. Das ist ein überaus unerquicklicher Zustand, der für Freiheit und Ehrlichkeit weiten Raum gibt. Es entsteht der Eindruck, als „der Ausgleich“ zwischen Reichsleitung und Geeresleitung nicht und mehr so erfolgt, daß den Auffassungen der Geeresleitung großes Entgegenkommen gezeigt wird.

Dieser Eindruck wird durch das starke Hervortreten des Militärvertreter in Brest-Litowsk weiter bekräftigt. Wenn General Hoffmann in Brest-Litowsk die Erklärung abgibt, daß „für uns die Völker der besetzten Gebiete ihren Wunsch der Loslösung von Rußland nicht klar und unzweideutig Ausdruck gegeben haben“, so vertritt diese Erklärung nicht bloß eine demokratische Auffassung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, sondern auch dem am 28. Dezember formulierten Artikel II der zwischen Friedensbedingungen, der die letzte Entscheidung über das staatliche Schicksal der besetzten Gebiete der späteren wirklichen Volksabstimmung vorbehielt, die vollkommen keineswegs die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit einem Lande, das so gerüttelt ist wie das jetzige Rußland, zu Vereinbarungen zu gelangen, die die Gewähr der Dauer in sich tragen und die für Deutschland die erforderliche Sicherheit im Osten geben. Diese Schwierigkeiten können aber erst recht nicht mit triumphatorischen Siegesparaden und verklärten Forderungen überwunden werden. Die deutschen Friedensunterhändler können unerlässliche Forderungen der Russen abwehren, aber der Gedanke des Verwirklichungsfriedens muß mit Aufrichtigkeit und Klarheit innegehalten werden.

Vergebliche italienische Angriffe.

(S. 1. B.) Kämpfe. Großes Hauptquartier, den 14. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Reine besondern Ereignisse. In verschiedenen Stellen der Front Artilleriekämpfe.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Wagebonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

Starke Angriffe, die der Italiener gegen die Österreichisch-ungarischen Stellungen am Monte Melone und Monte Bertica führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert.

Die tagelange in den Angriffsbereichen andauernden Feuerkämpfe dehnten sich jetzt auch nach Westen über die Brenta, nach Osten bis zur Piave aus. Auch längs der unteren Piave und in Verbindung mit italienischen Vorstößen im Trieste-Delta war die Artilleriekämpfe vielfach gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Gegensätze und Winkelzüge.

In Brest-Litowsk sind neue, schwere Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen und haben zu bewegten Debatten geführt. Die gestern und heute von uns veröffentlichten Berichte beziehen sich auf den 11. und 12. Januar. Die Verhandlungen wurden dann abgebrochen, sind aber, wie Herr v. Kühlmanns Stellvertreter, v. d. Busche, den Parteimitgliedern mitgeteilt hat, gestern samstag wieder aufgenommen worden.

Doch sich dem Friedenswerk im Laufe der Diskussionen mancherlei Widerstände entgegenstellen würden, wurde schon betont nach dem Zwischenfall und den Mißerfolgsberichten, die sich nach der ersten Abreise der Delegierten aus dem Verhandlungsort ereigneten. Und daß Friedensverhandlungen im Grunde immer diplomatische Sachverhalte sind, ist eine alte Lehre der Geschichte. Trotzdem wird der größte Teil des deutschen Volkes erstaunt sein über die Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht, die die Delegation des Vierbundes mit nach Brest-Litowsk nahm. Die Winkelzüge des Diplomatenums machen es nicht leicht, bis auf den Grund der Vierbundsabsichten zu schauen, und der Umstand, daß die Frage der Räumung der besetzten Gebiete und die russische Forderung nach demokratischer, von einer fremden, militärischen Besetzung unbeeinträchtigter Volksabstimmung miteinander verquidelt sind, komplizieren die Frage noch mehr.

Der stärkste Gegensatz zwischen den verhandelnden Parteien wirkt sich auf angelegentlich der russischen Forderung, daß die Wahl demokratischer Vertretungskörper, denen die Organisation der Volksabstimmung übertragen werden soll, erst nach der militärischen Räumung der besetzten Gebiete erfolgen könne. Es ist verständlich, daß die Mittelmächte ihre Truppen erst zurückziehen können, wenn sie genügende Garantien dafür haben, daß Rußland der Räumung nicht neue militärische Operationen gegen die Mittelmächte folgen läßt. Denn sonst würde die Räumung einfach bedeuten, daß Rußland den Gegner auf billige Weise aus dem Lande hinausgedrängt hätte und unsere Grenzen wieder unmittelbar bedrohte. Soweit die russischen Wirren zu überblicken sind, vermag die vorläufige russische Regierung keine Garantien zu bieten, die solche für uns gefährliche Möglichkeiten bannete. Deswegen gibt es in dieser Frage eigentlich nur zwei Wege: erstens eine chr-

liche Verständigung, die jeder kommenden russischen Regierung unter den obwaltenden Verhältnissen annehmbar erscheinen kann; zweitens in der praktischen Frage, welche Vertretungskörper die Volksabstimmung organisieren sollen, eine Einigung mit den russischen Delegierten über eine Neuwahl der Körperlichkeiten der in Frage kommenden Gebiete.

In dieser Frage hat Herr v. Kühlmann, den man wohl als den Hauptsprecher des Vierbundes ansehen muß, eine Haltung angenommen, die wir energisch ablehnen. Er hat erklärt, daß der Vierbund auf dem Standpunkt stehen bleiben müsse, daß „mangels anderer Vertretungskörper die vorhandenen und historisch gemordenen Vertretungskörper präsumtiv der Ausdruck des Volkswillens sind, besonders in der einen vitalen Frage des Willens der Nation, eine Nation zu sein.“ Ebenso stellte sich v. Kühlmann auf den Standpunkt, daß die nach Absonderung strebenden Teile Rußlands nach Abgabe der Willenserklärungen der schon bestehenden Organe schon jetzt berechtigt seien, Verabredungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und nützlich hielten. Sollten sich in diesen Verabredungen Verfügungen hinsichtlich der Vornahme von Grenzkorrekturen finden, so sei es nicht einleuchtend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie andere.“

Diese willkürliche Auffassung entspricht nicht der Grundlage, die die bolschewistische Regierung für die Friedensverhandlungen angeboten und die der Vierbund angenommen hatte. Trotzki hat darum recht, wenn er in dieser Kühlmannschen Forderung eine Untergrabung des Grundgesetzes des Selbstbestimmungsrechts erblickt, und im Inland wie im Ausland muß sich der Eindruck festigen, daß Deutschland mit Hilfe einer bequemen unaufrichtigen Anwendung des Selbstbestimmungsrechts an negationistische Schleichwege geht. Der Verdacht wird verstärkt durch die Veränderung, die General Hoffmann der russischen Delegation auf ihre Erklärungen gab. Er sprach gewissermaßen vom hohen Hock des Siegers herunter und betonte überflüchtigweise die faktisch bekannte Tatsache, daß das deutsche Meer auf russischem Gebiet stehe. Er hing der Frage die Schelle um, indem er allerhand Körperlichkeiten der besetzten Gebiete als Ausdruck des Volkswillens aufmarschieren ließ. Das er sich auch auf die Rigalige Kaufmannskammer, die große Gilde sowie „70 Rigauer Vereine“ bezog, illustriert das Niveau, von dem aus der Vertreter des deutschen Generalstabes sprach. Seine Philosophie vom Selbstbestimmungsrecht kommt auf eine Philosophie des preußischen Dreiklassenwahlrechts hinaus, hat aber nichts zu tun mit dem demokratischen Abstimmungsrecht, das die Russen im Auge haben und für das es trotz aller Schwierigkeiten einen Weg zu finden gilt.

Ebenso kommt man in Brest mit Angriffen auf inner-russische Verhältnisse so wenig weiter wie etwa mit Erörterungen russischer Verhältnisse über innere Angelegenheiten Deutschlands. Es gilt vielmehr, eine Verständigung zu finden in der Frage, wie trotz der militärischen Besetzung in den Okkupationsgebieten demokratische Körperlichkeiten zu schaffen wären, unter deren Leitung die Volksabstimmung vor sich gehen könnte. So sehr wir Kühlmanns Gabel und diplomatisches Spiel auch mißbilligen, so lassen doch seine bisherigen Darlegungen noch immer einen Weg zur Einigung und Verständigung über die Modalitäten der Volksabstimmung offen, und der Weg wird gefunden werden, sofern dazu auf beiden Seiten der gute Wille besteht. Sollte aber die deutsche Regierung, den Leibern der Eroberungspolitik folgend, mit allerhand diplomatischen Kniffen das Selbstbestimmungsrecht durchlöchern wollen und damit das Friedenswerk zum Scheitern bringen, so werden ihr die Volksmassen die Befolgbarkeit verweigern.

Kühlmann — Hoffmann — Trotzki

In Brest-Litowsk gingen am 11. Januar die Verhandlungen weiter. Herr v. Kühlmann las die Erklärungen der Delegationen zusammen.

Herr Trotzki erklärte hierauf, daß Behauptungen von Landtagen, Stadtvertretungen und dergleichen als Behauptungen des Willens eines bestimmten einflussreichen Teiles der Bevölkerung aufzufassen werden könnten, die aber nur Grund zu der Annahme bilden, daß das betreffende Volk mit keiner staatlichen Position unzufrieden sei. Daraus ergab sich die Schlussfolgerung, daß ein Referendum eingeholt werden müsse, wozu aber die Schaffung eines Organs Vorbereitung sei, das die freie Zustimmung der Bevölkerung garantieren könne. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen behauptete Trotzki, daß zwischen den Erklärungen der Mittelmächte vom 28. Dezember und der Formulierung der Punkte 1 und 2 vom 27. Dezember ein Widerspruch bestehe.

Er erklärte ferner, daß die russische Regierung, welche die Besetzung der Gebiete des Vierbundes als vorläufige Besetzung anerkenne, wenn sie keine Nachfragen stellen, wie sie der Reichskanzler in seiner programmatischen Rede im

Reichstage angekündigt habe. Diese Rede habe im Grunde bereits die Deklaration der Verbündeten vom 28. Dezember enthalten und ebenso auch den Hinweis gebracht, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu Polen, Litauen und Lettland unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu pflegen beabsichtige. Das weitere hielte sich Staatssekretär v. Kühlmann auf dem Standpunkt, daß die nach Absonderung strebenden Teile Rußlands nach Abgabe der Willenserklärungen der schon bestehenden Organe schon jetzt berechtigt seien, Verabredungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und nützlich hielten. Sollten sich in diesen Verabredungen Verfügungen hinsichtlich der Vornahme von Grenzkorrekturen finden, so sei es nicht einleuchtend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie andere. Herr Trotzki glaubte, in dieser Auffassung

eine Untergrabung des Grundgesetzes der Selbstbestimmung erblicken zu müssen, und warf die Frage auf, warum man die Erklärung der russischen Regierung nicht an der Zeit in Brest-Litowsk eingeleitet werden kann, wenn sie keine Nachfragen stellen, aber keine Nachfragen zu verlangen. An eine solche Zeit

